

# **KURZE ZUSAMMENFASSUNG DER INHALTE DES UNTERNEHMERFÜHRERSCHEINS**

## **MODUL B**

**basierend auf dem Syllabus 2.0  
und Unterlagen der Wirtschaftskammer Österreich**

**mit Materialien aus  
„Unternehmerführerschein® Modul B“  
vom Verlag bit media**

Diese Unterlage soll Lehrern und Schülern helfen, sich auf die Prüfung vorzubereiten. Sie bietet eine Einführung und einen Überblick über das Stoffgebiet. Um sich über Details zu informieren und um vertiefendes Wissen zu erwerben, kann sie das Studium der Bücher „Unternehmerführereschein® Modul B“, Verlag bit media und „Der Unternehmerführerschein Modul B“, Verlag TRAUNER nicht ersetzen.

**Dr. Christa Pabisch**  
(AHS-Lehrerin i.R., Prüferin bei it in der Bildung G.m.b.H)

## INHALT

<b>1</b>	<b>BESTIMMUNGSGRÖSSEN D. VOLKSWIRTSCHAFT Seite 4</b>	1.1	Wirtschaftssysteme
		1.2	Der Wirtschaftskreislauf
		1.3	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
		1.4	Bruttoinlandsprodukt
		1.5	Wirtschaftswachstum
		1.6	Konjunktur
<b>2</b>	<b>GELD Seite 10</b>	2.1	Das Geld
		2.2	Binnenwert und Außenwert des Geldes
		2.3	Störung des Geld-Güter-Gleichgewichts
<b>3</b>	<b>STAAT UND BUDGET Seite 15</b>	3.1	Staat und Staatshaushalt
		3.2	Abgaben
		3.3	Das Budget
		3.4	Wirtschafts- und Konjunkturpolitik
<b>4</b>	<b>AUSSENWIRTSCHAFT Seite 22</b>	4.1	Außenhandel und Außenwirtschaftspolitik
		4.2	Handelsbeschränkungen
		4.3	Globalisierung
		4.4	Internation. Kooperationen u. Organisationen
<b>5</b>	<b>DIE EUROPÄISCHE UNION Seite 31</b>	5.1	Was ist die Europäische Union
		5.2	Europäische Integration
		5.3	Währungspolitik
	<b>GLOSSAR = KLEINES LEXIKON DER WICHTIGSTEN BEGRIFFE</b>		Am Ende des Buches Unternehmerführerschein <sup>AT</sup> von bit media

### Praxisbeispiele und Anregungen zum Üben:

Unternehmerführerschein<sup>AT</sup> von bit media bietet als letzten Punkt in jedem der fünf Kapitel „Übungsblätter“ mit zahlreichen Fragen. Die Antworten befinden sich am Schluss des Buches.

Im „Der Unternehmerführerschein“ vom TRAUNER Verlag sind in den Kapiteln „Arbeitsaufgaben“, „Aufgabenstellungen“ oder „Ziele erreicht? - Aufgaben“ - Bereiche eingebaut, die durch Icons gekennzeichnet und im Textfluss leicht zu finden sind. Die Antworten befinden sich in einem eigenen Lösungsheft.

## Die Inhalte der Module A, B und C im Überblick

Von Wirtschaft spricht man, wenn aus dem Bedürfnis, etwas zu essen, der Bedarf und damit die Nachfrage nach einem Brot entstehen und ein Bäcker dieses (als ein Gut und als Angebot) auf dem Markt anbietet, wobei der Bäcker nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip arbeiten muss und in einen Kreislauf mit vielen anderen Wirtschaftsteilnehmern eingebunden ist.

In der Wirtschaft wird unter dem Wirtschaftlichkeitsprinzip = dem ökonomischen Prinzip gearbeitet.

						Modul B, Kap.2		Modul A, Kap.4
Modul C, Kap.2						Modul A, Kap.5		Modul C, Kap.1 bis 4
Erzeugung von spez. Bedürfnissen = Werbung						Tausch- mittel ist das Geld		Güter kommen von Unternehmen
↑						↑		↑
<b>Bedürfnis</b>	⇒	<b>Bedarf</b>	⇒	<b>Nachfrage</b>	⇒	Markt	⇐	<b>Angebot</b>
						Modul A, Kap.2,3		
↓		↓			↙	↓		↘
Übersicht In der Maslow'schen Pyramide		An Gütern		Markt ist Teil des Wirtschafts- kreislaufes		Teil der inter- nationalen Wirtschaft		Berechnungen und Regelungen durch den Staat
Modul A, Kap.1		Modul A, Kap.3		Modul A, Kap.1,3		Modul B, Kap.4,5		Modul B, Kap.1,3
				Modul B, Kap.1				

# 1. BESTIMMUNGSGRÖSSEN DER VOLKSWIRTSCHAFT

## 1.1. Wirtschaftssysteme

Während der vergangenen Jahrhunderte entwickelten sich aus der Zeit der Selbstversorger verschiedene Wirtschaftssysteme. Im Wesentlichen sind es die **Freie Marktwirtschaft**, die **Soziale Marktwirtschaft** und die **Planwirtschaft**.

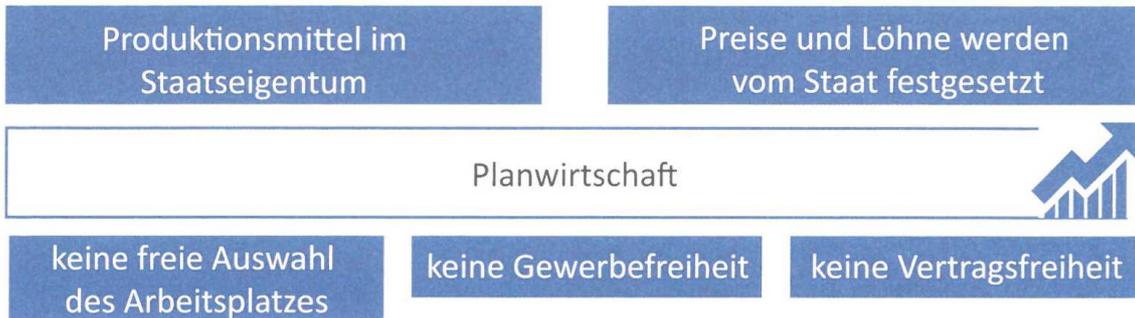
Jedes Wirtschaftssystem hat Vorteile und Nachteile!  
In den folgenden Grafiken sind ihre wichtigsten Merkmale dargestellt.



Wichtige Vertreter in der Entwicklung der Wirtschaftssysteme sind Adam Smith (Freie Marktwirtschaft), Maynard Keynes (Soziale Marktwirtschaft) und Karl Marx (Planwirtschaft).



Der Staat hat hier wichtige Aufgaben zu erfüllen (Allokation, Distribution, Stabilisierung). Die Sozialausgaben sind in verschiedenen Ländern mit Sozialer Marktwirtschaft unterschiedlich hoch.

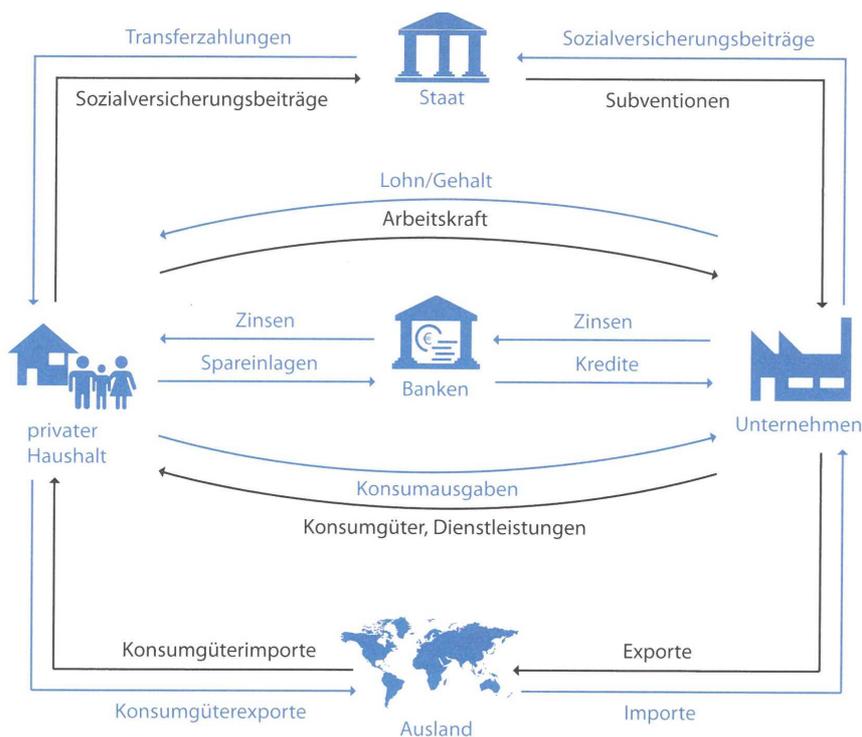


Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Wirtschaftssysteme, 1.1, Seite 8

„Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Wirtschaftssysteme u. Wirtschaftsordnungen, Seite 22

## 1.2. Der Wirtschaftskreislauf



Die Beteiligten am Wirtschaftskreislauf sind also Unternehmen, private Haushalte, Bund, Länder, Gemeinden, Banken und das Ausland.

Das, was in diesem Kreislauf „ausgetauscht“ wird, kann man in vier Gruppen, in vier sogenannte Sektoren einteilen.



Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Der Wirtschaftskreislauf, 1.2, Seite 13

„Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (1), Seite 8

### 1.3. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Die zahlenmäßige Darstellung des Wirtschaftskreislaufes nennt man die *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung*.

Wenn man die Wertschöpfungen aller vier Sektoren, wie oben erwähnt, zusammenzählt, erhält man das Bruttoinlandsprodukt. Die genaue Definition lautet:

Unter dem **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** versteht man die Summe der Werte aller Waren und Dienstleistungen, die *in einem Land* in einer bestimmten zeitlichen Periode hergestellt werden. Man spricht vom *Inlandsprinzip*.

Unter dem **Bruttonationaleinkommen (BNE)** versteht man die Summe der Werte aller Waren und Dienstleistungen, die *von Inländern* in einer bestimmten zeitlichen Periode hergestellt werden. Man spricht vom *Inländerprinzip*.

Um vom BIP zum BNE zu kommen, subtrahiert man einfach die Einkommen der Ausländer im Inland vom BIP und addiert die Einkommen der Inländer im Ausland dazu.

### 1.4. Bruttoinlandsprodukt im Detail

Das BIP ist die wichtigste **Kennzahl** eines Landes für die **Produktivität seiner Wirtschaft**. Viele andere Kennzahlen werden in Relation zum BIP angegeben.

Mit dem **BIP/Kopf** kann man die wirtschaftliche Stärke verschiedener Länder vergleichen.

Das BIP kann man auch definieren als die Summe aller **Wertschöpfungen**. Wertschöpfung ist also der Mehrwert, den ein Unternehmen im Produktionsprozess schafft. Die Wertschöpfung errechnet sich aus Verkaufserlös minus Vorleistungen.

			Wertschöpfung Verkauf 30 €	
	Wertschöpfung Mahlen 50 €	Wertschöpfung Brot backen 40 €	Vorleistung Brot 190 €	Wert des Endproduktes 220 €  = die Summe aller Wertschöpfungen
Wertschöpfung Weizen 100 €	Vorleistung Weizen 100 €	Vorleistung Mehl 150 €		
Bauer	Müller	Bäcker	Supermarkt	

Endprodukte sind solche Produkte, die nicht mehr weiter verarbeitet werden.

Es gibt drei große Berechnungsarten für das BIP:

*Entstehungsrechnung*: in welchen Bereichen (Sektoren) ist das BIP entstanden?

*Verwendungsrechnung*: wofür wurde das BIP verwendet?

*Verteilungsrechnung*: welche Einkommen sind bei der Produktion entstanden?

<b>Entstehungsrechnung</b>	<b>Verwendungsrechnung</b>	<b>Verteilungsrechnung</b>
Es werden die Werte aller Endprodukte und Dienstleistungen (=Summe aller Wertschöpfungen), die in den einzelnen Wirtschafts-Sektoren entstanden sind, erfasst.	Das BIP entspricht dem Wert aller Ausgaben (=:gesamtwirtschaftliche Nachfrage).	Das BIP ist die Summe aller erzielten Einkommen einer Volkswirtschaft
<b>Berechnung</b>	<b>Berechnung</b>	<b>Berechnung</b>
Produktionswert zu Herstellerpreisen - Vorleistungen = Bruttowertschöpfung + Steuern - Subventionen	Konsumausgaben der privaten Haushalte + Konsumausgaben des Staates = Konsumausgaben insgesamt + Bruttoinvestitionen + Exporte - Importe	Arbeitnehmerentgelt + Untermehmeneinkommen + Einkommen aus Vermögen = Volkseinkommen + Abschreibungen + Steuern und Abgaben an den Staat - Subventionen = Bruttonationaleinkommen(BNE) + Einkommen von Ausländern im Inland - Einkommen von Inländern im Ausland
<b>= Bruttoinlandsprodukt (BIP)</b>	<b>= Bruttoinlandsprodukt (BIP)</b>	<b>= Bruttoinlandsprodukt (BIP)</b>

Steuern sind Abgaben an den Staat.

Subventionen sind Zuschüsse vom Staat oder der EU.

Die Exporte vermindert um die Importe ergeben den Außenbeitrag.

Lohnquote plus Gewinnquote ergeben 100% des Einkommens

Unter Investitionen versteht man den Kauf von Produktionsmitteln wie Maschinen, Gebäuden und Fahrzeugen etc.

Bruttoinvestition ist alles, was in einem Jahr investiert wird. Zieht man davon die Abschreibungen, also den Wertverlust ab, so spricht man von der Nettoinvestition.

Man unterscheidet weiters zwischen Nominellem und Realem Bruttoinlandsprodukt:

Nominales Bruttoinlandsprodukt	Reales Bruttoinlandsprodukt	Das reale BIP ist das um die Inflation bereinigte nominelle BIP.
...wird mit Preisen des laufenden Jahres bewertet, Preissteigerungen erhöhen das BIP.	...wird mit Preisen eines bestimmten Basisjahres bewertet, Preissteigerungen erhöhen das BIP nicht.	

Das BIP ist ein Maß für die Produktivität der Wirtschaft eines Landes, ob es auch ein Maß für den **Wohlstand** seiner Bevölkerung ist, bleibt offen.

Nicht erfasst werden jedenfalls Tätigkeiten im Haushalt, Subsistenzwirtschaft, Schattenwirtschaft, Einkommensverteilung und Arbeitsbedingungen.

Verlässlicher für den Wohlstand eines Landes ist der **Human Development Index (HDI)** der UNO. Er beinhaltet

Lebenserwartung bei der Geburt

Voraussichtliche Schulbesuchsdauer

BNE/Kopf in Kaufkraftparität (KKP) als Lebensstandard

Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Das Bruttoinlandsprodukt, 1.4, Seite 19

„Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (1), Seite 9

## 1.5. Wirtschaftswachstum

Wirtschaftswachstum wird in % angegeben und ist der Vergleich des realen BIP zum BIP des Vorjahres.

Bei gleichbleibendem BIP spricht man von **Stagnation oder Nullwachstum**, bei sinkendem BIP von **Minuswachstum**.

Qualitatives Wachstum des BIP ist reinem quantitativem Wachstum vorzuziehen.

Die **Produktivität** ist ein Maß für die Leistungsfähigkeit der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Sie gibt das Verhältnis von Produktionsmenge und eingesetzten Produktionsfaktoren an.



Möglichkeiten für **Innovation**:

**Produktinnovationen**  
Neue Produkte, z.B. Schreibmaschine, Fax und Telefon (drei sehr innovative Produkte) werden von Computer, E-mails und Handy abgelöst

**Prozessinnovationen**  
Neue Produktstrukturen und -verfahren, z.B. Roboter in der Autoindustrie schweißen schneller, genauer und kostengünstiger

## 1.6. Konjunktur

Unter Konjunktur versteht man die Schwankungen des Wirtschaftswachstums über bestimmte Zeiträume. Die Konjunkturzyklen werden dargestellt in einer **Konjunkturkurve**.

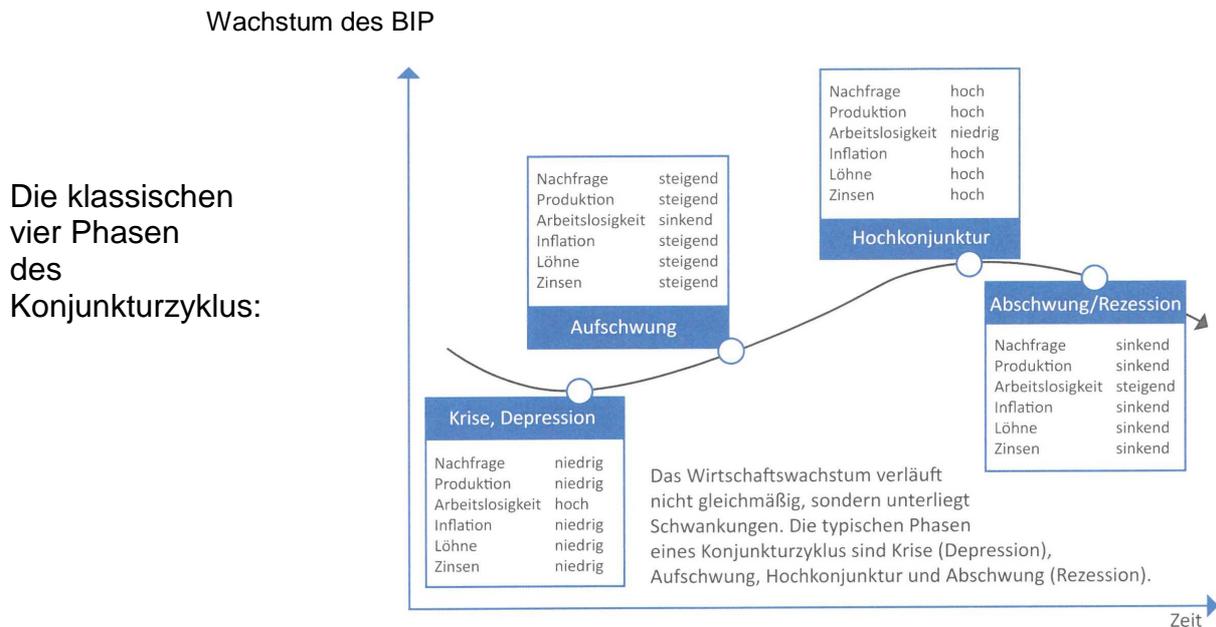
Einer der bekanntesten Zyklen ist der „**Kondratieff-Zyklus**“, der früher zwischen 50 und 60 Jahre dauerte, jetzt nur mehr 30 Jahre. Am Beginn jedes langfristigen Wirtschaftsaufschwunges steht dabei immer eine neue **umwälzende Technologie**.

	Saisonale Schwankungen	Konjunkturelle Schwankungen	Strukturelle Schwankungen
Dauer	Einige Wochen bis Monate, eher kurzfristig	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Short term/3-4 Jahre</li> <li>• Mid term/5-7 Jahre</li> <li>• Long term/7-10 Jahre</li> </ul>	Teilweise 50 bis 60 Jahre
Ursachen	Jahreszeitenwechsel	Permanentes Ungleichgewicht zwischen gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und gesamtwirtschaftlichem Angebot, Weltpolitische Ereignisse	Technologische und gesellschaftliche Innovationen
Beispiele – Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Winterarbeitslosigkeit in der Baubranche</li> <li>• Hoher Heizölverbrauch im Winter</li> <li>• Hohe Umsätze der Gärtnereien im Sommer</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Angst vor Wirtschaftskrise</li> <li>• Ölpreisschock</li> <li>• Änderungen der staatlichen Budgetpolitik können bewirken, dass der Staat mehr oder weniger nachfragt.</li> <li>• Hohe oder niedrige Zinsen beeinflussen die Investitionstätigkeit der Unternehmen.</li> </ul>	Erfindung <ul style="list-style-type: none"> <li>• Dampfmaschine</li> <li>• Automobil</li> <li>• Fließband</li> <li>• Automatisierung</li> <li>• Computer</li> <li>• Internet</li> <li>• Telekommunikation</li> </ul>

Diese Schwankungen haben - meist gebündelt - mehrere Ursachen.

Es gibt konjunkturelle, strukturelle oder saisonale Schwankungen.

Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimmt nicht mit dem Angebot überein.



**Konjunkturindikatoren** geben an, wo sich eine Wirtschaft gerade befindet:  
*Frühindikatoren:* Aktienindex, Gewinnerwartung großer Unternehmen, ...  
*Ist-Indikatoren:* Konsumzahlen, Sparquote, Lagerbestände, BIP des Monats  
*Spätindikatoren:* Arbeitslosenquote, BIP des Jahres, Inflationsrate, Insolvenzrate

Siehe dazu  
 „Unternehmerführerschein“<sup>AT</sup>, Verlag bit media: Wirtschaftswachstum, 1.5, Seite 32; Konjunktur, 1.6, Seite 37  
 „Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Konjunktur und Wirtschaftswachstum, Seite 30

Zusammenfassung wichtiger Begriffe des Kapitels BESTIMMUNGSGRÖSSEN DER VOLKSWIRTSCHAFT im „Unternehmerführerschein“<sup>AT</sup> vom Verlag bit media auf Seite 45

## 2. Das Geld

### 2.1. Das Geld

**Geschichte:** In der „geschlossenen Hauswirtschaft“ brauchte man kein Geld. Aus der „Naturaltauschwirtschaft“ entwickelte sich die „Naturalgeldwirtschaft“ (Perlen, Tee, Salz, Muscheln) und daraus „Wägegeld“ aus Metall. In den ersten Jahrhunderten vor Christi Geburt entstanden die ersten *Münzen* und gut tausend Jahre später langsam Anweisungen auf Papier und *Papiergeld* (China).

Heute gibt es neben dem **Bargeld** (besteht aus Münzen = Hartgeld und Banknoten = Papiergeld) auch das **Buch- oder Giralgeld**, auf Konten gebuchte Beträge für Überweisungen. Banken erfüllen diese Aufgabe und sind dafür notwendig. Kreditkarten werden seit Mitte des 20. Jahrhunderts verwendet, Online Banking ab kurz vor der Jahrtausendwende. Seit 2002 ist der Euro die Währung Österreichs.

**Geld ist ein (staatlich anerkanntes) Tauschmittel.**

**Es hat noch die Funktionen Recheneinheit und Wertaufbewahrungsmittel.**

Der **Wert** des Geldes:      nominaler Wert: Betrag auf der Münze oder der Geldnote  
                                    realer Wert: beschreibt die Menge an Gütern, die man kaufen kann = **Kaufkraft**

Der *Binnenwert* bezieht sich auf die Volkswirtschaft im Inland, der *Außenwert* gibt den Tauschwert zu anderen Währungen an.

Dieser **Binnenwert** richtet sich nicht nach der Menge der Goldvorräte bei der Zentralbank, sondern nur nach der **Menge der in einer Volkswirtschaft vorhandenen Güter und der ihr gegenüberstehenden Geldmenge**

Wie wird die Geldmenge größer (Geldschöpfung) oder kleiner (Geldvernichtung)? Dies obliegt der Europäischen Zentralbank und den nationalen Banken.

## Geldpolitische Instrumente der Europäischen Zentralbank (EZB)

Offenmarktgeschäfte	Mindestreserve	Leitzinssätze
EZB kauft Wertpapiere von den Kreditinstituten, diese haben nun mehr Geld zur Kreditvergabe und es erhöht sich die Geldmenge	Kreditinstitute müssen einen Teil ihrer Kundeneinlagen bei der EZB hinterlegen und haben somit mehr oder weniger Geld für Kreditvergabe zur Verfügung.	EZB legt Leitzinssatz fest und dadurch werden Kredite teurer oder billiger. Es kommt mehr oder weniger Geld in den Umlauf.

## Geldpolitische Instrumente der Nationalen Banken

Geldschöpfung: wenn die Banken Kredite vergeben, erhöht sich die Geldmenge am Markt. Die Möglichkeit der Höhe und Menge dieser Kredite richtet sich nach der Mindestreserve, die von den Banken gehalten werden muss.

Von Geldvernichtung spricht man immer dann, wenn Geld aus dem Wirtschaftskreislauf genommen wird: Kredite werden zurück gezahlt, Banknoten werden zerstört.

Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Das Geld, 2.1, Seite 55

„Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Geld und Währung, 1, Seite 51, Geld und Währung, 2, Seite 52

## 2.2. Binnenwert und Außenwert des Geldes

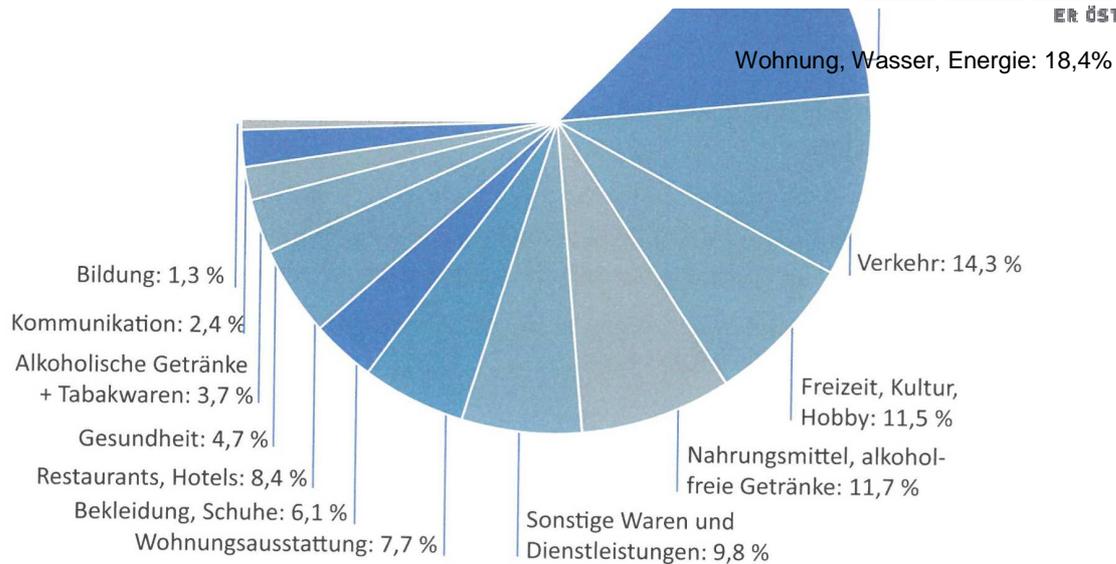
### Binnenwert

Der Binnenwert hängt von der Menge an Waren und Dienstleistungen ab, die wir damit kaufen können ⇒ Kaufkraft.

Der Maßstab für die Veränderung der Kaufkraft ist der **Verbraucherpreisindex (VPI)** Grundlage dafür ist der „Warenkorb“ (VPI 2010), in dem sich 791 Waren und Dienstleistungen befinden, deren Preise in 20 Städten erhoben werden,

Das Österreichische Bundesamt für Statistik bestimmt den Warenkorb.

Die prozentuelle Veränderung der Preise (der Waren im Warenkorb) zum Vorjahr bestimmt die **Inflationsrate**. Nach einer sinnvollen Periode wird der Warenkorb neu zusammengesetzt.



In Europa gilt der **Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI)**, in dem 779 Waren und Dienstleistungen sind.

### Außenwert

Eine Währung ist das gesetzliche Zahlungsmittel eines Staates.

Der Wechselkurs ist das Austauschverhältnis zweier Währungen. Die Währungen müssen *konvertibel* sein. Dies wird vom Internationalen Währungsfond (IWF) festgelegt. Frei konvertible Währungen heißen harte Währungen.

Ausländisches Bargeld sind Valuten, ausländisches Buchgeld sind Devisen. Der Devisenkurs ist etwas günstiger als der Valutenkurs. Alle grenzüberschreitenden Überweisungen verwenden den Devisenkurs.

Im **System der Freien Wechselkurse** erfolgt die Bestimmung des Wechselkurses auf dem weltweiten Devisenmarkt durch Angebot und Nachfrage. Zentralbanken oder andere staatliche Einrichtungen intervenieren (im Allgemeinen) nicht.

Bei der **AUFWERTUNG** einer Währung erfolgt meist ein Exportrückgang (die eigenen Waren werden im Ausland teurer) und eine Importsteigerung. Es bedeutet eine Schwächung der heimischen Wirtschaft.

Bei der **ABWERTUNG** einer Währung erfolgen eine Exportsteigerung und ein Importrückgang. Es kann zur Verteuerung der importierten Waren kommen.

Im **System der Festen Wechselkurse** erfolgt die Kursbestimmung für einen bestimmten Zeitraum zu fixen Austauschraten, meist von staatlicher Seite. Die Vorteile für die Wirtschaft sind verlässliche Daten für die Kalkulation. Die Wirtschaft kann sich aber kaum an unterschiedliche Entwicklungen (Import/Export) anpassen.

Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Binnenwert und Außenwert des Geldes, 2.2, Seite 64  
 „Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Geld und Währung, 3, Seite 59

## 2.3. Störung des Geld-Güter-Gleichgewichts

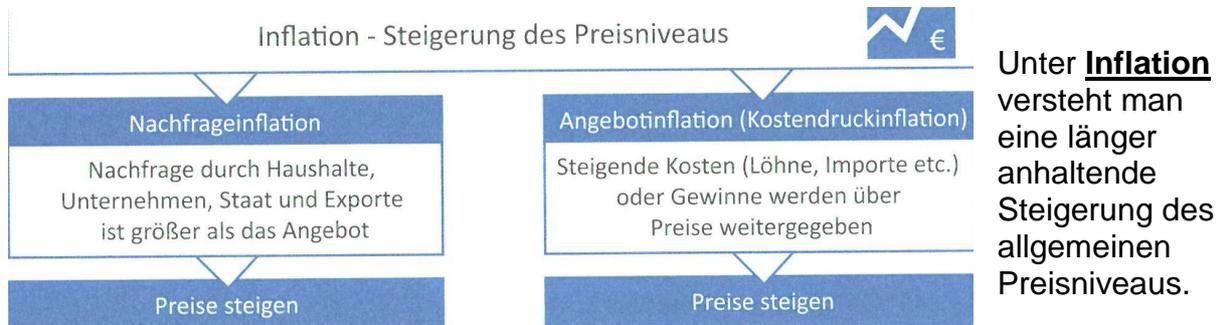
Der **Binnenwert** des Geldes richtet sich nach:

Menge an verfügbaren Gütern  $\leftrightarrow$  Geldmenge

Geldvolumen = Waren und Dienstleistungen  $\rightarrow$  Stabilität des Geldwertes  
 Geldvolumen > Waren und Dienstleistungen  $\rightarrow$  Inflation  
 Geldvolumen < Waren und Dienstleistungen  $\rightarrow$  Deflation

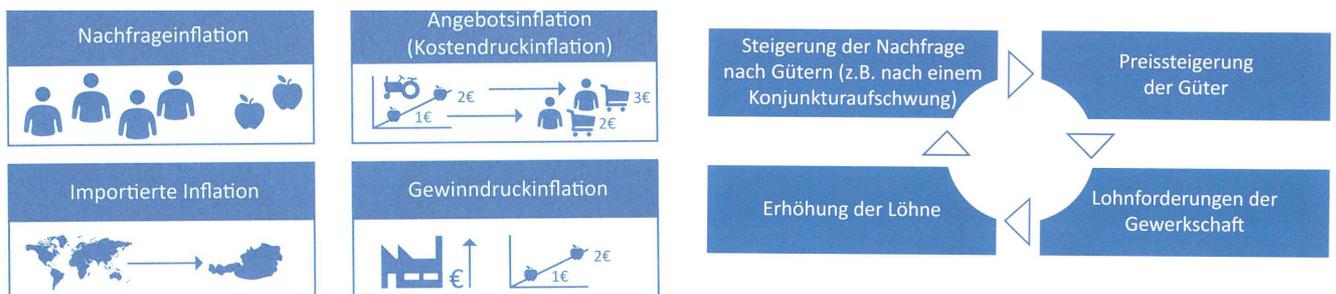
Unter **Deflation** wird ein Rückgang des allgemeinen Preisniveaus über einen längeren Zeitraum bezeichnet.

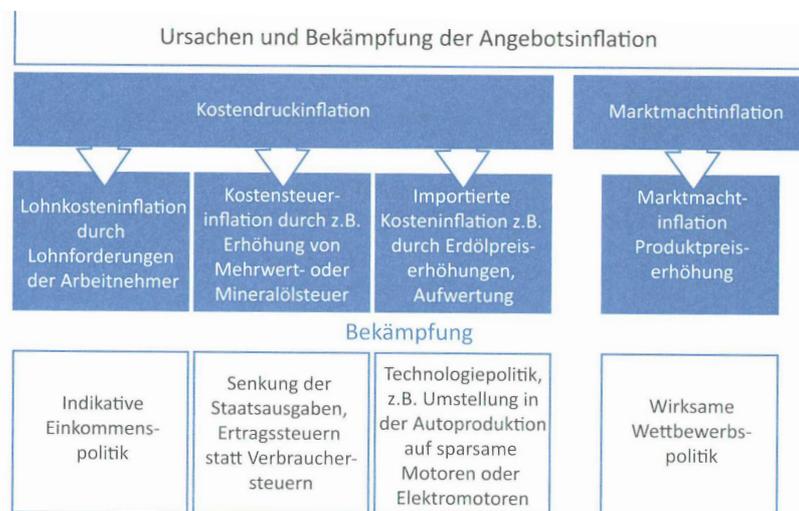
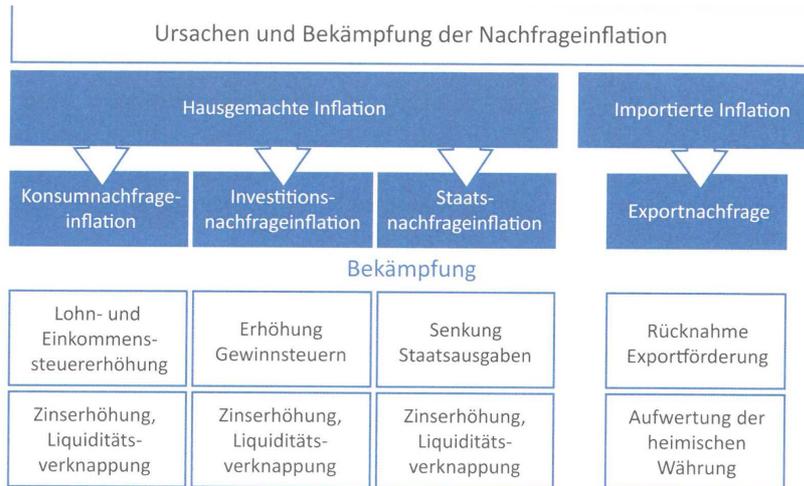
Eine **Stagflation** bezeichnet eine Inflation bei stagnierender Wirtschaftsentwicklung, meist mit wachsender Arbeitslosigkeit.



Inflationsarten:

Häufig bedingen sich diese Inflationsarten auch und es kommt zu einer Preis – Lohn-Spirale:





**Die Folgen** einer hohen Inflation sind Arbeitslosigkeit, Entwertung der Sparguthaben, Unsicherheit innerhalb der Unternehmen, Konkurse und Abwertungsdruck der Währung. Es profitieren die Besitzer von Sachvermögen und Schuldner.

Die Folgen einer Deflation sind Preisstürze, Verringerung der Produktion, Arbeitslosigkeit, Flucht ins Geld. Es profitieren die Gläubiger.

Eine Stagflation ist besonders gefährlich, da sie kaum bekämpft werden kann und hat meist mehrere Ursachen.

Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Störung des Geld-Güter-Gleichgewichts, 2.3, Seite 72  
 „Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Geld und Währung, 4, Seite 65

Zusammenfassung wichtiger Begriffe des Kapitels GELD im „Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“ vom Verlag bit media auf Seite 82

## 3. STAAT UND BUDGET

### 3.1. Staat und Staatshaushalt

Was ist der „Staat“?

**Zum Staat** gehören alle Institutionen, die die Aufgabe haben, Leistungen für die Allgemeinheit zu erbringen und die sich hauptsächlich durch Zwangsabgaben finanzieren.

Dazu gehören vor allem die Gebietskörperschaften (=Körperschaften, die sich um ein bestimmtes Gebiet kümmern) wie Bund, Länder und Gemeinden sowie die Sozialversicherungseinrichtungen (= Einrichtungen, die bestimmte soziale Aufgaben haben wie Krankenkassen, Pensionskassen, Kammern,...).

Der Staat ist auch, wie wir aus Kapitel 1.2 wissen, *Teil des Wirtschaftskreislaufes*.

Seine Aktivität in einem Land nennt man **Staatsquote** und sie gibt an, welchen Anteil des BIP auf Staatsausgaben entfällt.

Seine Rolle in der Marktwirtschaft sollte aber **subsidiär** (= unterstützend) bleiben.

(Staatsquote 2014 in Österreich: 52%;      BIP 2014 rund 330 Milliarden €)

#### Staatsaufgaben:



Die *Allokationsfunktion* betreffen z.B Wasser, Strom, Brotpreise,....

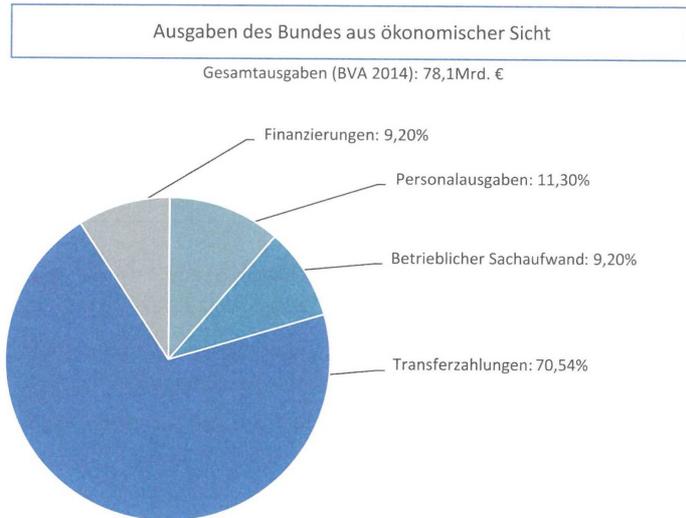
Da die Einkommensverteilung sich zunächst auf dem Markt ergibt, hat der Staat durch die *Sekundäre Einkommensumverteilung* die Primäre Einkommensumverteilung zu korrigieren.

- 1) durch progressive Besteuerung, d.h. verschieden hohe Lohnsteuersätze
- 2) durch Transferzahlungen wie Pensionen, Kindergeld, Arbeitslosenunterstützung, Subventionen an Unternehmen,...

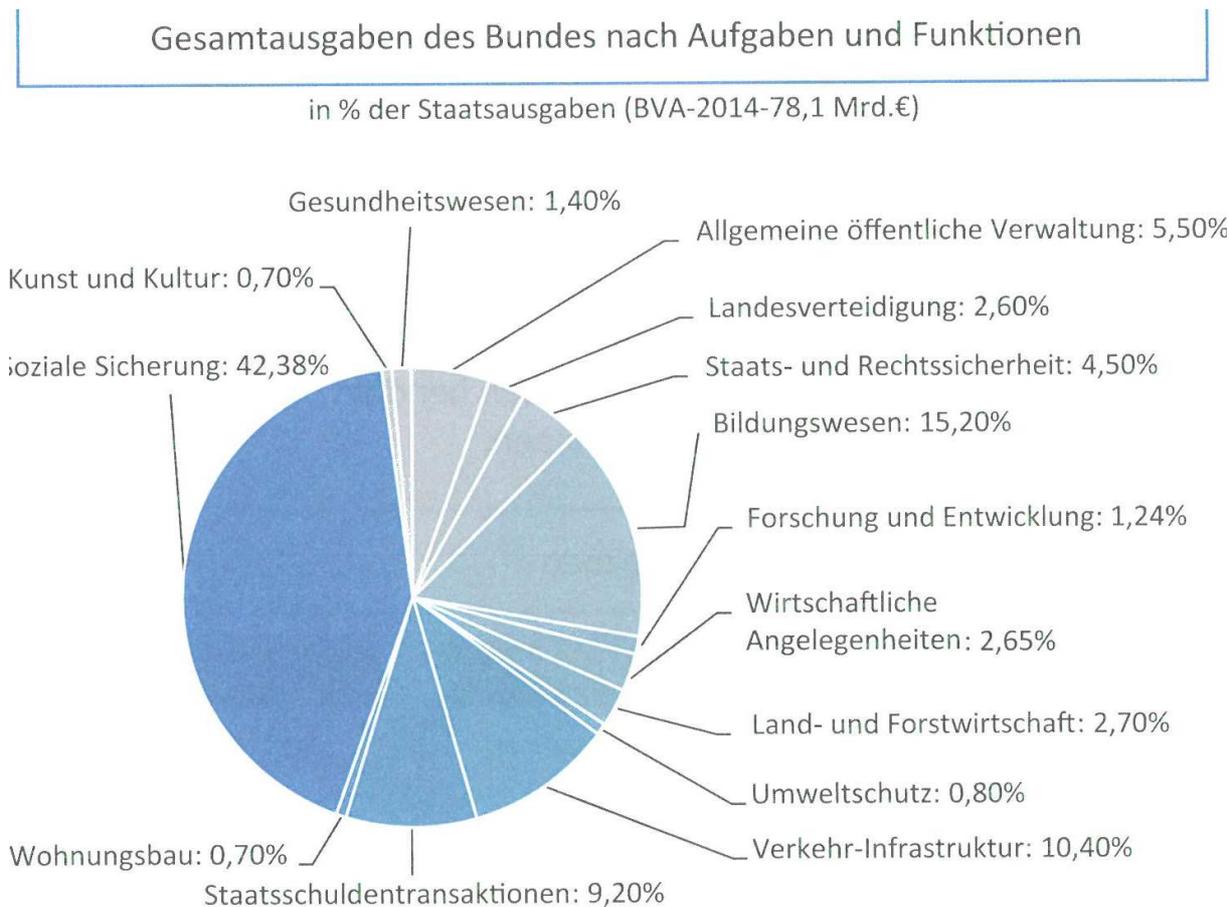
Transferzahlungen sind Leistungen des Staates an private Haushalte oder Unternehmen ohne spezielle Gegenleistung, um die primäre Einkommensverteilung zu korrigieren und eine gesellschaftlich gewollte Verteilung zu erreichen. Transferausgaben führen somit zu einer Umverteilung von Kaufkraft.

Die *Stabilisierungsfunktion* betrifft im Wesentlichen die Konjunktur- und Geldpolitik.

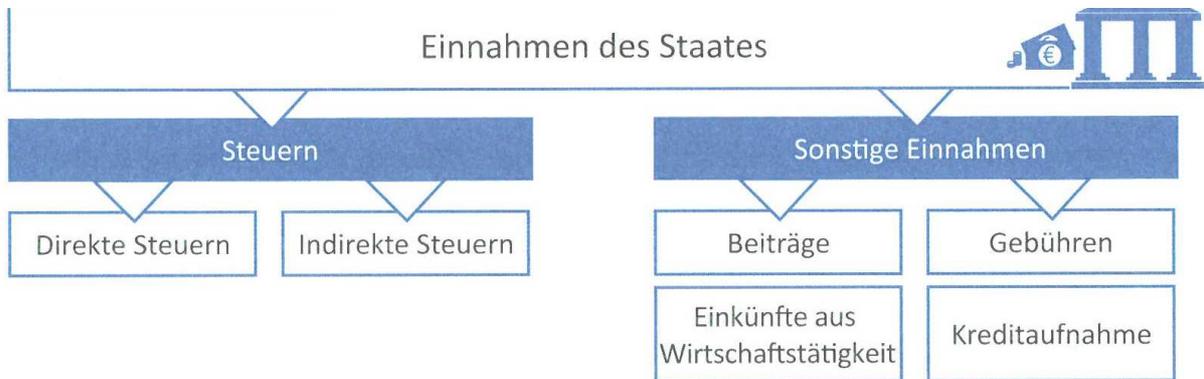
Für diese Staatsaufgaben müssen Staatsausgaben getätigt werden: Zahlungen für Gehälter (Polizisten,...) und Kosten für Betriebsmittel (Polizeiautos,...), sowie Zahlungen an Gruppen, die Leistungen des Staates erhalten (Kindergeld,...).



Die Ausgaben des Staates kann man nach funktionalen Bereichen (Funktionalprinzip) oder Aufgabenbereichen (Ministerialprinzip) aufgliedern.

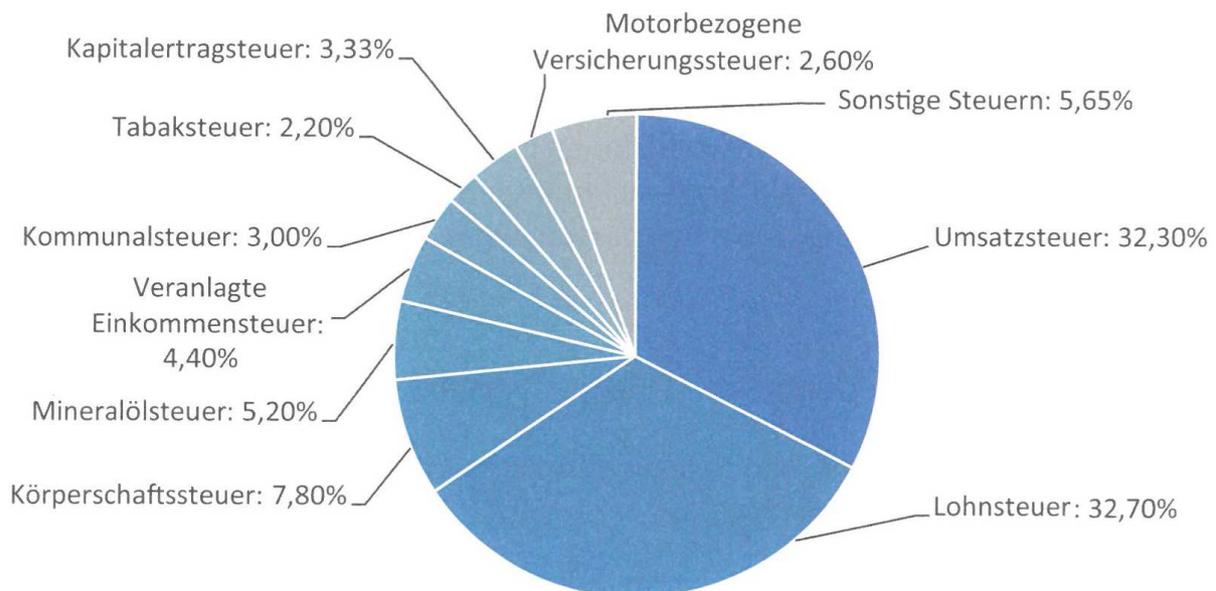


Woher nimmt der Staat das Geld für seine Ausgaben?  
Es stehen ihm verschiedene Einnahmequellen zur Verfügung.



Anteile der wichtigsten Steuern am Gesamtsteueraufkommen 2014

Steuereinnahmen des Bundes gesamt: 79,4 Mrd. Euro



Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Staat und Staatshaushalt, 3.1, Seite 92

„Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Staat und Staatshaushalt, 1, Seite 75

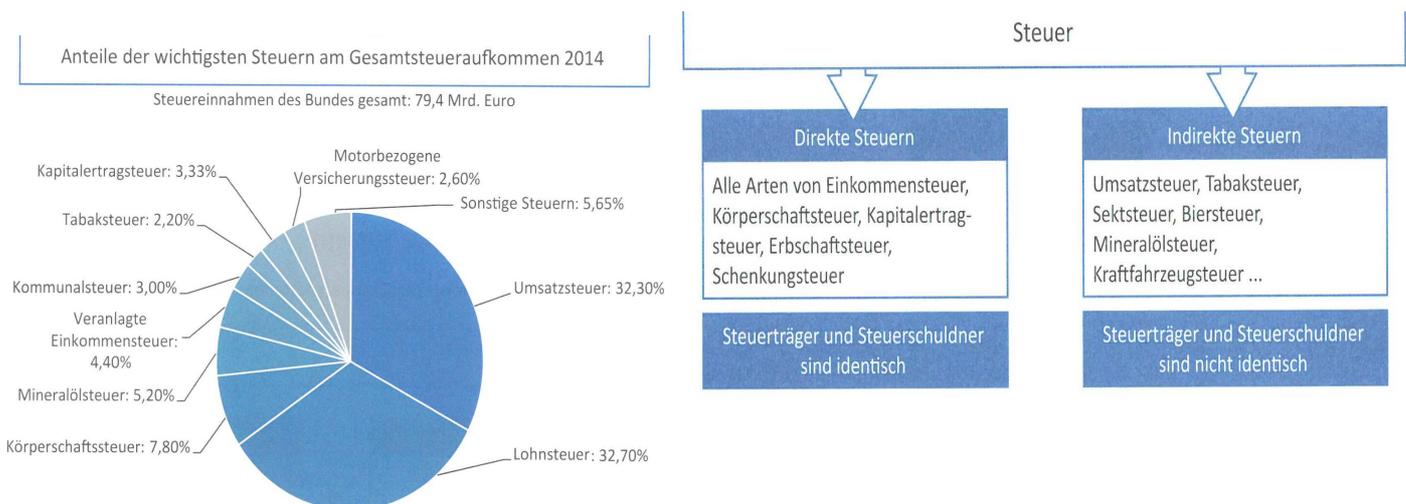
## 3.2. Abgaben

Abgaben an den Staat sind Einnahmen des Staates:

- ⊗ Steuern von Personen, Körperschaften,...
- ⊗ Gebühren z. B. für die Ausstellung eines Reisepasses
- ⊗ Beiträge wie Krankenkassenbeiträge,...

Diese Abgaben haben drei wichtige Funktionen:

Fiskalfunktion	Lenkungsfunktion	Umverteilung von Einkommen
Der Staat kann neue Schulen bauen	Die Tabaksteuer wird erhöht, sollen damit mehr Menschen mit dem Rauchen aufhören	Transferleistungen korrigieren die primäre Einkommensverteilung



Zur **Einkommensteuer** zählen Lohnsteuer (der größte Anteil) und veranlagte Einkommensteuer. Sie ist im Einkommensteuergesetz geregelt. Alle "natürlichen Personen" die ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich haben, unterliegen der Einkommensteuer.

Die **Körperschaftsteuer** ist die Einkommensteuer für juristische Personen. Einkommen durch Zinsen auf Sparguthaben und Dividenden auf Aktien unterliegen der **Kapitalertragsteuer**.

Den Anstieg der Steuerbelastung mit steigendem Einkommen versteht man unter „**Steuerprogression**“. Diese progressive Besteuerung birgt jedoch in sich die

Gefahr der „**kalten Progression**“. Mehr Gehalt bedeutet höhere Steuern und damit bleibt das zur Verfügung stehende Netto-Einkommen gleich. Durch die Inflation kann dadurch die Kaufkraft des Netto-Einkommens sogar sinken.

<p>Unter dem <u>Grenzsteuersatz</u> versteht man den Steuersatz, mit dem der letzte verdiente Euro besteuert wird.</p>	<p>Der <u>Durchschnittssteuersatz</u> gibt an, wie hoch die durchschnittliche prozentuelle Steuerbelastung des gesamten Einkommens ist.</p>
--	---

Was wir auch kaufen, der Staat kassiert fast immer mit. Die wichtigste indirekte Steuer ist die **Umsatzsteuer**. Die Umsatzsteuer (umgangssprachlich Mehrwertsteuer) wird auf den Umsatz bzw. Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen erhoben und beträgt normalerweise 20%. Die Umsatzsteuer wird von den Unternehmen kassiert und an das Finanzamt abgeführt.

Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Abgaben, 3.2, Seite 100

„Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Staat und Staatshaushalt, 2, Seite 79

### 3.3. Das Budget

Unter einem **Budget** (Haushaltsplan, Voranschlag oder BVA) versteht man den Finanzplan für eine bestimmte Periode. Es ist eine Gegenüberstellung von voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben in einem bestimmten Zeitraum.

Beim Staatsbudget wird ein Budgetentwurf erstellt und zwischen den Ministern und dem Finanzminister diskutiert. Es entsteht der Entwurf des Bundesfinanzgesetzes; dieses muss vom Nationalrat 10 Wochen vor Jahresschluss beschlossen werden. Das Bundesfinanzgesetz muss nun von den einzelnen Ministern ausgeführt werden.

Ein **Rechnungsabschluss** (z. B. der Bundesrechnungsabschluss) enthält dagegen die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben. Er betrachtet Einnahmen und Ausgaben im Nachhinein.

Der Rechnungshof kontrolliert den Rechnungsabschluss für das Parlament. Die Genehmigung des Bundesrechnungsabschluss hat in Gesetzesform zu erfolgen.

Der **Budgetkreislauf** zeigt den Prozess der Entstehung und des Vollzugs des Budgets bis hin zum Rechnungsabschluss.

Grundsätzlich ist ein ausgeglichenes Budget anzustreben. Es gibt aber auch Budgetüberschüsse und (häufiger) Budgetdefizite.

Das **Bruttodefizit** gibt an, in welcher Höhe neue Schulden aufgenommen werden müssen. Das **Nettodefizit** ist die Neuverschuldung des Staates, d.h. es gibt an, um welchen Betrag die Staatsschulden im betreffenden Jahr zunehmen. Die **Staatsverschuldung** ist die Summe der vergangenen Nettodefizite.



Beim Budgetdefizit unterscheidet man zwischen  
 Strukturellem Defizit (der Staat lebt über seine Verhältnisse) und  
 Konjunkturellem Defizit (die allgemeine Konjunkturlage ist problematisch)

Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Das Budget, 3.3, Seite 107

„Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Staat und Staatshaushalt, 4, Seite 87

### 3.4. Wirtschafts- und Konjunkturpolitik

Die Ziele der  
 Wirtschaftspolitik kann man  
 als „Magisches Vieleck“  
 darstellen:



Unter **Konjunkturpolitik** als Teil der Wirtschaftspolitik versteht man nun alle  
 Maßnahmen, die darauf abzielen, den Konjunkturablauf zu beeinflussen.

Ihre Instrumente sind

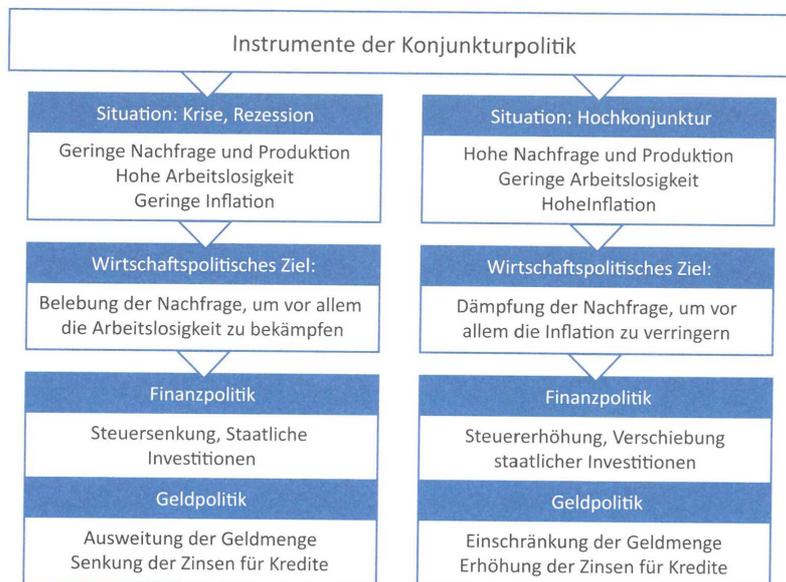
**Fiskalpolitik:** darunter versteht man die Einflussnahme  
 des Staates auf den Konjunkturverlauf  
 durch Veränderung seiner Einnahmen und  
 Ausgaben.

**Geldpolitik:** Geldpolitik nennt man alle Maßnahmen, die  
 versuchen, die Konjunkturbewegungen  
 durch geld- oder kreditpolitische Maßnahmen  
 zu beeinflussen.

Fiskalpolitik geht auf M.Keynes zurück und fordert, in einer Rezession durch erhöhte  
 Staatsausgaben (z.B. große Aufträge an Unternehmen) die Wirtschaft anzukurbeln.

Dafür wird auch ein Budgetdefizit in Kauf genommen (Deficit Spending). In Boom-Zeiten sollten diese Schulden wieder zurückgezahlt werden. Eine überschießende Konjunktur kann mit diesem Mittel und umgekehrtem Vorzeichen auch abgebremst werden.

Geldpolitik oder Monetarismus geht auf die Lehrmeinung des Nationalökonom M.Friedmann zurück. Dabei wird nicht direkt in die Wirtschaft eingegriffen, sondern nur die Geldmenge gesteuert, die mit dem Wachstum der volkswirtschaftlichen Produktion übereinstimmen soll. Die Geldmenge wird nur mittels Änderung des Leitzinssatz und der Mindestreserven (und damit mehr oder weniger Kredite am Markt!) beeinflusst.



Durch **antizyklische Konjunkturpolitik** des Staates sollen Konjunkturausschläge nach oben und unten geglättet werden

Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, 3.4, Seite 112

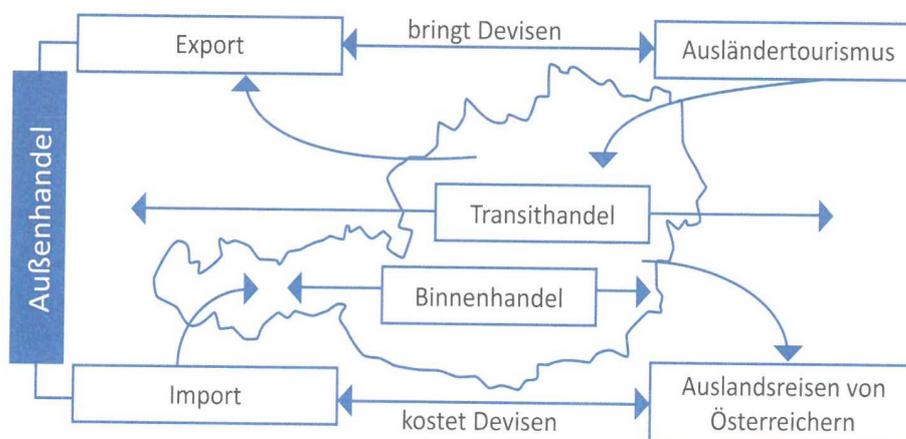
„Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Konjunktur und Wirtschaftswachstum, 2, Seite 36 und 3, Seite 41

Zusammenfassung wichtiger Begriffe des Kapitels STAAT UND BUDGET im „Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“ vom Verlag bit media auf Seite 118

## 4. AUSSENWIRTSCHAFT

### 4.1. Außenhandel und Außenwirtschaftspolitik

Durch den Außenhandel sind die nationalen Wirtschaften international miteinander verbunden. Außenhandel bezeichnet man auch als "internationalen Handel". Ohne Außenhandel wären Nationen auf die innerhalb ihrer eigenen Grenzen produzierten Waren und Dienstleistungen beschränkt.



Unter Außenhandel versteht man den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr einer Volkswirtschaft.

Neben Import, Export und Transithandel gibt es noch den Veredelungsverkehr. Hierbei handelt es sich um eine zollfreie Ein- bzw. Ausfuhr von Gütern, die nach einer Bearbeitung (Veredelung) wieder in den ursprünglichen Wirtschaftsraum zurückgebracht werden.

Unter **Binnenhandel** versteht man den Handel innerhalb einer Volkswirtschaft (z. B. innerhalb von Österreich oder innerhalb der EU).

Die **Ursachen für den Außenhandel** sind

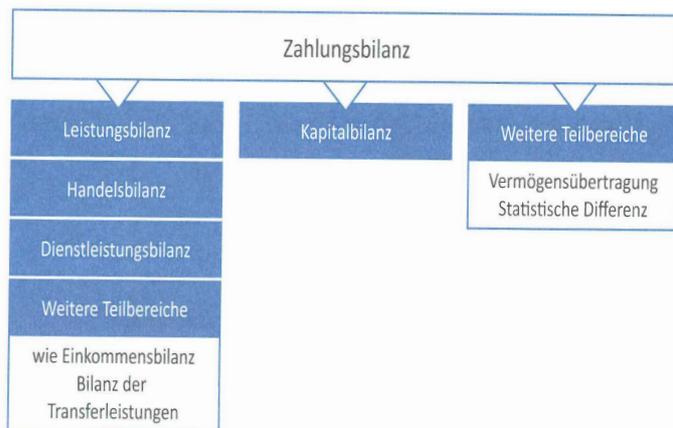
- ⊛ Gütermangel (in Österreich wachsen keine Bananen, wir haben zu wenig Erdöl)
- ⊛ Kostenvorteile (niedrigeres Lohnniveau, bessere klimatische Bedingungen)
- ⊛ Spezialisierung (Autos aus Deutschland, Uhren aus der Schweiz)
- ⊛ Politische Ursachen (daraus entstehen internationale Kooperationen)

Die Internationale Wirtschaftspolitik hat das Ziel, den Wohlstand der daran teilnehmenden Volkswirtschaften zu erhöhen. Ein Grund dafür liegt in den unterschiedlichen Produktionskosten in den einzelnen Ländern. Die Folge dieser Kostenunterschiede sind Kostenersparnisse beim Import der betreffenden Güter. Daraus ergeben sich Handelsgewinne und dementsprechend ein höherer Wohlstand. Es bleibt die Frage, ob alle teilnehmenden Volkswirtschaften die gleichen Startbedingungen haben.

## Die Zahlungsbilanz

eines Landes gibt an, ob mehr Geld für Importe ausgegeben wird als Geld für Exporte eingenommen wird, also ob mehr importiert oder exportiert wird. Sie ist die systematische Darstellung der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen dem Inland und dem Ausland pro Jahr.

Eine aktive oder positive Zahlungsbilanz bedeutet, die Aktiva = Zahlungen für exportierte Waren sind größer als die Passiva = Ausgaben für importierte Waren. Das Gegenteil ist eine passive oder negative Zahlungsbilanz. Der Unterschiedsbetrag ist der Saldo.



Der wichtigste Teil der Zahlungsbilanz ist die Leistungsbilanz.

Sie besteht aus der Handelsbilanz (Aus- und Einfuhr von Sachgütern und Waren), der Dienstleistungsbilanz (Aus- und Einfuhr von Dienstleistungen) und der Einkommens- und Transferbilanz (Gastarbeiter schicken Geld nach Hause, Mitgliedsbeiträge an intern.Org.).

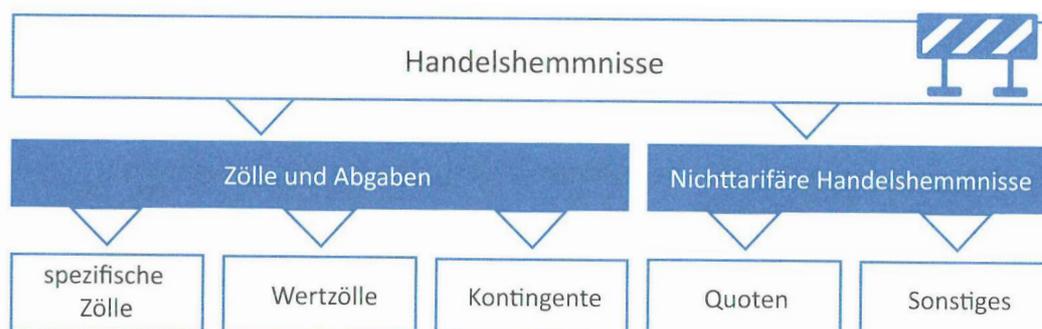
Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Außenhandel und Außenwirtschaftspolitik, 4.1, Seite 127

„Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Außenwirtschaftspolitik, 1+2, Seite 98

## 4.2. Handelsbeschränkungen

Handelsbeschränkungen (Handelshemmnisse) sollen den heimischen Markt schützen und sind staatliche Maßnahmen zur Beschränkung des Außenhandels, vor allem der Importe.



**Zölle** sind staatliche Zwangsabgaben (Steuern), die bei der Einfuhr, der Ausfuhr oder der Durchfuhr (Transit) von Waren erhoben werden. Hier steht eher der Schutz der inländischen Produzenten im Vordergrund und weniger die Einnahmenerzielung.

**Nichttarifäre Handelshemmnisse** sind alle staatlichen Maßnahmen, die nicht in Zöllen bestehen, die aber ausländische Exporteure und ihre potenziellen inländischen Kunden gegenüber ihren inländischen Konkurrenten diskriminieren.

*Kontingente*: es darf nur eine bestimmte Menge eingeführt werden.

*Quote* bezeichnet eine Höchstmenge, die eingeführt werden darf.

Es werden bestimmte *Standards* gefordert und *Vorschriften* erlassen.

*Förderungen und Subventionen* kommen nur heimischen Firmen zugute.

Am 1.1.1948, also kurz nach dem Krieg, unterzeichneten 23 Länder das **General Agreement on Tariffs and Trade, das GATT**.

Es hatte eine Liberalisierung des Welthandels zum Ziel, sowie auch eine Erhöhung des Lebensstandards und die Förderung der Beschäftigung und des wirtschaftlichen Wachstums durch den internationalen Güteraustausch in den teilnehmenden Ländern.

Am 1.1.1995 trat die **World Trade Organisation (WTO)**, die Nachfolgeorganisation, in Kraft.

Seit April 1994 reguliert das **GATS (General Agreement on Trade in Services)** den internationalen Handel mit Dienstleistungen. Neben dem Rahmenabkommen (Meistbegünstigungsklausel, Transparenz, Inländerbehandlung) gibt es nationale Zugeständnisse. Das GATS ist in der WTO integriert.

Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Handelsbeschränkungen, 4.2, Seite 135

„Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Außenwirtschaftspolitik, 3, Seite 100

## 4.3. Globalisierung

Globalisierung ist die zunehmende weltweite Vernetzung von Nationen in Bereichen wie Politik, Wirtschaft, Kommunikation oder Kultur.

Dies geschieht sowohl zwischen Menschen, Staaten, als auch zwischen Organisationen, Unternehmen und Gesellschaften.

Unter wirtschaftlicher Globalisierung versteht man die stetige Zunahme internationaler Transaktionen auf den Märkten für materielle Güter, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren.

Unter „Regionalismus“ wird in folgender Grafik die Entstehung regionaler Wirtschaftszusammenschlüsse verstanden.



**Einige Auswirkungen der Globalisierung**

<b>Wirtschaft</b>	<b>Gesellschaft</b>	<b>Ökologie</b>	<b>Kommunikation</b>
Einfacheres Handeln am Weltmarkt ist möglich, aber es herrscht verstärkter Wettbewerb.	Eine Vermischung der Kulturen (Essen, Kleidung, Musik, Religionen, Sprache) erfolgt.	Grenz-überschreitende Emissionen und damit Veränderungen in der Natur.	Revolution der Kommunikations- und Informationstechnologien.
Internationale Finanz- und Wirtschaftskrisen haben globale Folgen.	Verlagerung von Arbeitsplätzen, Gering-Qualifizierte sind besonders betroffen.	Rücksichtsloser Raubbau an der Natur vor allem in den Ländern mit kleinem BIP/Kopf.	Bessere und schnellere weltweite Information mit positiven und negativen Auswirkungen.
	Für Konsumenten werden viele Waren billiger.	Monostrukturen	

Multinationale Konzerne (Global Players, Multis) nützen die Vorteile der Globalisierung optimal und maximal aus.

Gesamtwirtschaftlich gesehen führt die Globalisierung zu intensivierten außenwirtschaftlichen Beziehungen und damit zu verstärktem Wirtschaftswachstum. Die Wirtschaftspolitik ist gefordert, die negativen Auswirkungen möglichst gering zu halten.

Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Globalisierung, 4.3, Seite 139

„Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Globalisierung - Weltwirtschaft, 1,2,3 Seite 109

## 4.4. Internationale Kooperationen und Organisationen

Haben als Ziel die weitere Liberalisierung des Welthandels und den Abbau von Handelshemmnissen. Damit kommt ihnen bei der Gestaltung des Welthandels große Bedeutung zu.

Eine Wirtschaftsmacht ist ein Staat, der einen großen Anteil am Welt-Bruttonational-einkommen, am Welt-Export/Import und an der Entwicklung der Weltwirtschaft hat.

Nominelles Welthandels-BIP 2016: 75 Billionen US\$:

Platz 1	USA
Platz 2	China
Platz 3	Japan
Platz 4	Deutschland
Platz 5	Großbritannien
Platz 6	Frankreich
Platz 7	Indien
Platz 8	Italien
Platz 9	Brasilien
Platz 10	Kanada
Platz 11	Südkorea
Platz 12	Russland

Nicht ganz außer Acht lassen darf man bei so einer Reihung natürlich, dass die Reihenfolge im BIP/Kopf ganz anders aussehen würde. (Luxemburg, Schweiz, Norwegen, Macau, Irland sind 2016 die ersten fünf, USA liegt an Stelle 8)

### Formen wirtschaftlicher Kooperation

Assoziierungsabkommen: Verträge mit dem Ziel, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen. z. B. die EU mit Norwegen

Freihandelszonen: Es gibt keine internen Handelshemmnisse. z. B. EFTA, NAFTA,...

Zollunion: Hat gemeinsame Außenzölle und keine Binnenzölle. z. B. SACU (Südafrikanische Zollunion von Südafrika, Lesotho, Swasiland, Botswana und Namibia) oder Zollunion Schweiz-Liechtenstein.

Gemeinsamer Markt – Binnenmarkt: Freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Arbeitnehmern und Kapital. z. B. Europäischer Binnenmarkt mit seinen 4 Freiheiten, oder MERCOSUR in Südamerika (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay, und Venezuela, sowie den assoziierten Staaten Chile, Bolivien, Peru, Kolumbien und Ecuador).

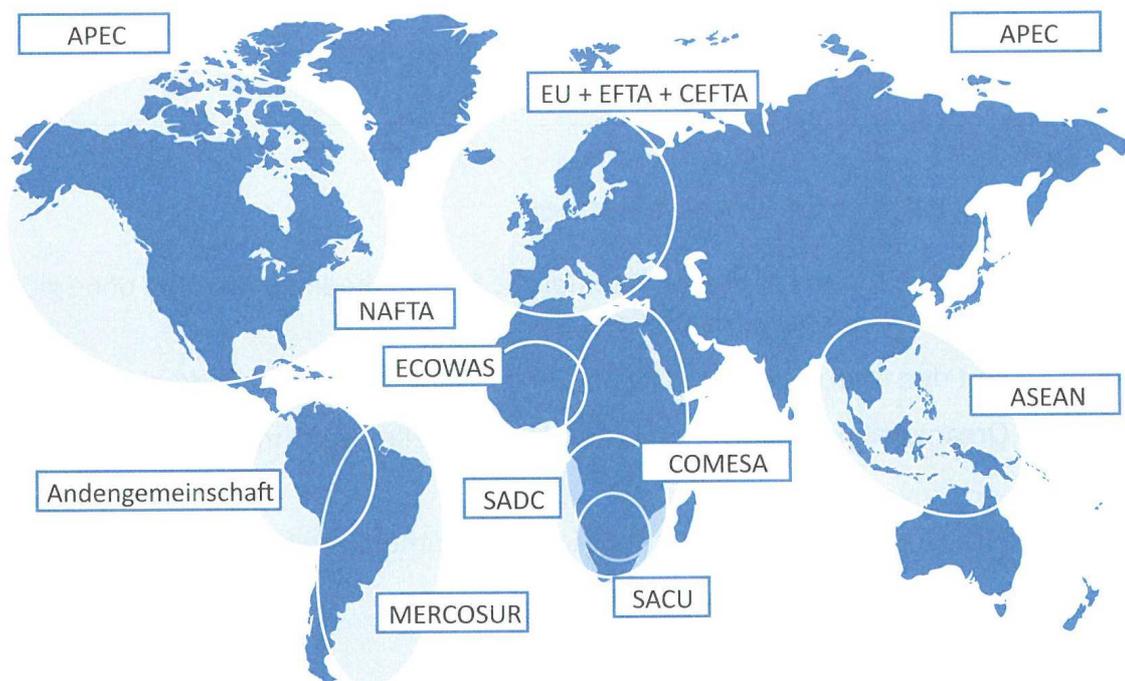
Wirtschaftsunion: Zusätzlich zu den 4 Freiheiten gibt es auch noch die Koordination der Wirtschaftspolitiken. z. B. EU mit der gemeinsamen "Agrarpolitik".

Es müssen bei der Wirtschaftsunion auch noch überstaatliche Organisationen (supranationale Organisationen wie die Europäische Kommission oder das Europäische Parlament) vorhanden sein.

Währungsunion: Hier kommt es zusätzlich zur Wirtschaftsunion auch noch zu einer gemeinsamen Wahrung. z.B Europäische Währungsunion.

Bei den Wirtschaftsblöcken ergibt sich laut IWF für 2013 folgende Reibung nach dem BIP:

1. EU
2. UNASUR (Union Südam. Nat. inkl. Mercosur u. Andengem.+ Karibikgem.)
3. ASEAN



Die wichtigsten, global tätigen **Internationalen Organisationen** sind OECD, WTO, OPEC, IWF, Weltbank.

**OECD** (Organisation for Economic Coordination and Development) (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung):

Sie hat sich aus den Ländern, denen der Marshall Plan beim Wiederaufbau nach dem Krieg geholfen hat, entwickelt. Heute sind 34 Staaten, auch Österreich, Mitglieder. Die Werte der OECD sind offene Marktwirtschaft, pluralistische Demokratie und die Achtung der Menschenrechte, die alle Mitgliedsstaaten teilen müssen.

**WTO** (World Trade Organisation) (Welthandelsorganisation):

Ihr oberstes Ziel ist es, für einen möglichst freien internationalen Handel zu sorgen. Sie ist die Dachorganisation der internationalen Verträge GATT, GATS, TRIPS. Kernpunkte aller drei Verträge sind die Einräumung der *Meistbegünstigtenklausel* und der *Inländerbehandlung*. Auch die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer ist eine ihrer Aufgaben.

**OPEC** ist die Organisation erdölexportierender Länder, die 1960 in Bagdad gegründet wurde.

Seit 1965 hat dieses "Kartell" (ist in der Wirtschaft ein Zusammenschluss selbständiger Partner zum Zweck der Beschränkung ihres Wettbewerbs) seinen Sitz in Wien. Die OPEC-Mitgliedstaaten verfügen über drei Viertel der weltweiten Erdölreserven und fördern ca. 40 % der weltweiten Erdölproduktion. Das Ziel der OPEC ist es, durch eine gemeinsame Ölpolitik der Mitgliedsstaaten einen stabilen Ölmarkt zu erreichen und sich gegen einen Preisverfall abzusichern. Durch die Festlegung von Förderquoten für die einzelnen Mitglieder will man die Erdölproduktion regeln.

**Weltbank**

Die Weltbankgruppe ist einer der weltweit größten entwicklungspolitischen Akteure. Sie setzt sich aus zwei Institutionen zusammen:

- 1) Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (**IBRD** - International Bank for Reconstruction and Development)
- 2) Internationale Entwicklungsorganisation (IDA - International Development Association).

Die IBRD wurde 1944 gegründet. Sie ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UN) mit Sitz in Washington, D.C./USA. Die Gründung der IDA erfolgte im Jahr 1960.

Aufgabe der Weltbank ist es, den Lebensstandard zu steigern und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu fördern. Entsprechend ihrer Entstehungsgeschichte vergab die Weltbank in den ersten Jahren überwiegend Kredite für den Wiederaufbau Europas. Heute stehen die ökonomisch sich entwickelnden Staaten im Mittelpunkt. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben vergibt die Weltbank zinsgünstige Darlehen, zinsfreie Kredite und so genannte Mikrokredite. Sie leistet technische Hilfe und koordiniert Entwicklungsprojekte. Zusätzlich betreibt die Weltbank ein Korruptionspräventionsprogramm und engagiert sich im Kampf gegen HIV/AIDS.

Die Weltbankgruppe finanziert sich nur zu einem geringen Teil über ihr Grundkapital (Einlagen der Mitgliedsstaaten). Ihre Finanzierung geschieht weitgehend durch die Aufnahme von Kapital auf den internationalen Kapitalmärkten.

**IWF-IMF** (Internationaler Währungsfond oder International Monetary Fund)

Der Internationale Währungsfond ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen und hat seinen Sitz in Washington D.C; USA. Er nahm seine Tätigkeit im Mai 1946 auf. Damals zählte er 39 Mitglieder, heute 188.

Die Ziele bzw. Kernaufgaben des IWF sind die Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Währungspolitik und damit die weitere Ausdehnung des Welthandels und die Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte.

Jeder Mitgliedstaat bekommt eine so genannte Quote zugewiesen. Nach dieser Quote richten sich die Einzahlungsverpflichtungen (in Gold, Devisen und Landeswährung) und die Sonderziehungsrechte (Abkürzung SZR), das sind Möglichkeiten zur Inanspruchnahme eines Kredites. Bei den SZR handelt es sich um eine Art von Weltgeld im Zahlungsverkehr der Zentralbanken.

Wenn ein Land in Zahlungsschwierigkeiten kommt, kann es finanzielle Hilfe vom IWF beanspruchen (= Inanspruchnahme eines Kredites). Die Inanspruchnahme eines Kredites ist an bestimmte Bedingungen gekoppelt, die das jeweilige Land zu erfüllen hat. Diese werden als Strukturanpassungs-Programme (SAP) bezeichnet. Griechenland und Irland haben im Jahr 2010 die Hilfe des IWF in Anspruch genommen.

Die größten Stimmanteile haben die USA, Japan und Deutschland.

### **Die G8 Gruppe der acht mächtigsten Staaten**

Seit 1975 treffen einander jährlich die Staats- und Regierungschefs der sieben wichtigsten Industriestaaten (G7). Diese sind Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA.

Zwischen 1998 und 2014 (Krim Krise) vervollständigte Russland die G7 zu G8.

Etwa 14 % der Weltbevölkerung leben in den G8-Ländern. Die G8-Länder repräsentieren jedoch in Kaufkraftparitäten gemessen etwa 50 % und in tatsächlichen Preisen gemessen zwei Drittel des Welthandels und des Weltbruttonationaleinkommens (BNE).

### **Die Gruppe der G20**

Der G20 gehören nicht nur die 19 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer sondern auch die EU an.

Im Einzelnen sind das folgende Staaten:

Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei, USA, EU

Alle G20-Staaten zusammen repräsentieren ca. 90 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP), 80 % des Welthandels und ca. zwei Drittel der Weltbevölkerung.

Die G20 wurden 1999 als Reaktion auf die Finanzkrise in Asien von den Finanzministern der G8 beschlossen. Es sollten alle Notenbankchefs und Finanzminister dieser 20 Staaten an einen Tisch gebracht werden.

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und durch den Beschluss der führenden Industrie- und Schwellenländer wurde die G20 zu einem der wichtigsten Koordinierungsgremien für Wirtschafts- und Finanzfragen. Hier treffen sich nun nicht nur die Finanzminister, sondern auch die Staats- und Regierungschefs.

### **Die BRICS-Staaten** (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika)

Die BRICS-Staaten sind eine Vereinigung von stark wachsenden Volkswirtschaften. Die Zusammensetzung ist fast ident mit jener der O-5-Staaten, zu denen aber Mexiko statt Russland gezählt wird. (China, Indien, Südafrika, Brasilien und Mexiko).

**O5-Staaten** (O-5) oder **Outreach-Staaten**, werden diejenigen Schwellenländer bezeichnet, die trotz fehlender Mitgliedschaft an den Treffen der Gruppe der G8 teilnehmen.

Etwa 40 % der Weltbevölkerung, 3 Milliarden Menschen, leben in den BRICS-Staaten. Ihr Anteil am weltweiten Bruttoinlandsprodukt (2014:74 Billionen US \$) beträgt ca. 21 %.

Folgende Schwerpunkte finden wir in den BRICS-Staaten:

- ⊗ Brasilien: Rohstofflieferant mit großem landwirtschaftlichem Potential.
- ⊗ Russland: Beträchtliche Vorräte an Erdöl und Erdgas, sowie Rüstungs-Lieferant.
- ⊗ Indien: Gilt als "Denkfabrik" und größter Generika-Hersteller.
- ⊗ Volksrepublik China: "Werkbank der Welt". Viele Innovationen, niedrige Löhne und riesiger Binnenkonsum.
- ⊗ Südafrika: Gilt als Tor zum afrikanischen Kontinent und als Rohstofflieferant, vor allem für Steinkohle, Gold und Diamanten.

Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Internationale Kooperationen und Organisationen, 4.4, Seite 146

„Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Globalisierung - Weltwirtschaft, 5, Seite 124

Zusammenfassung wichtiger Begriffe des Kapitels GELD im „Unternehmerführerschein <sup>AT</sup> “ vom Verlag bit media auf Seite 82
--

## 5. DIE EUROPÄISCHE UNION

### 5.1. Was ist die Europäische Union?

Die Europäische Union ist eine **Wirtschaftsunion** und ein **supranationaler Staatenverbund**.

Aus einer kleinen Gruppe von Ländern, die 1951 begannen ihre Schwerindustrie (Kohle, Eisen und Stahl; EGKS) zu koordinieren, entwickelte sich eine größere Gemeinschaft, die in allen wirtschaftlichen Bereichen eng zusammenarbeitete (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, EWG). Heute, Herbst 2017, umfasst die EU 28 Staaten, die auch ihre Innen- und Außenpolitik anpassen und supranationale Institutionen haben. Ein Teil dieser Wirtschaftsunion ist auch eine **Währungsunion**.

Die EU erwirtschaftet mehr als ein Viertel des globalen Bruttonationaleinkommens. Eines der grundlegenden Ziele der Union ist es, künftig den Frieden, die Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern. Diese allgemeinen Ziele werden ergänzt durch eine Reihe besonderer Ziele.

Die Verfassung nimmt als neues Ziel noch den Schutz der Rechte des Kindes auf internationaler Ebene auf.

Viele Länder bekunden ihr Interesse EU-Mitglied zu werden. Dafür müssen sie die „Kopenhagener Kriterien“ erfüllen:

**"Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt außerdem voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können ..."**

#### EU-Erweiterung:

Von der Wirtschaftsgemeinschaft der sechs zur **europäischen Union der 15**

1957: Frankreich, Italien, Niederlande, Deutschland, Luxemburg, Belgien

1973: Irland, Dänemark, Großbritannien

1981: Griechenland

1986: Spanien Portugal

1995: Österreich, Schweden, Finnland



Von der Wirtschaftsgemeinschaft der sechs zur **europäischen Union der 28**

2004: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern

2007: Bulgarien, Rumänien

2013: Kroatien

Verhandlungen mit Island, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Türkei



Die Prinzipien der Europäischen Union:

Subsidiarität	Die EU kann nur die Zuständigkeiten übernehmen, welche die Mitgliedstaaten ihr zuweisen.
Supranationalität	Die Mitgliedstaaten treten nationale Souveränität ab und üben diese auf der europäischen Ebene gemeinsam aus. Die Regelungen, die dort verabschiedet werden (sog. Richtlinien oder Verordnungen), sind dann für alle Mitgliedstaaten verbindlich.
Rechtstreue	Wenn bezüglich Auslegung der Beschlüsse keine Einigkeit zwischen den Staaten erzielt werden kann, entscheidet der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg, dessen Urteil dann aber respektiert werden muss.
Solidarität	Der Stärkere hilft dem Schwachen. Materiell drückt diese Solidarität sich vor allem in der Strukturpolitik aus, die wirtschaftliche Problemregionen zielgerichtet fördert. Aber die Solidarität ist auch politisch (bei Sicherheitsbedrohungen oder in Katastrophenfällen) die Basis der Zusammenarbeit der EU-Staaten.
Kompromissbereitschaft	Die Einstellung, dass die Kompromissbildung eine europäische Tugend darstellt und nicht etwa ein Zeichen von Schwäche, ist eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren der EU.
Degressive Proportionalität	Damit ist gemeint, dass die Kleinen relativ gesehen mehr Gewicht erhalten. Deutschland hat mit ca. 80 Mio. Einwohnern 96 Europaabgeordnete, Österreich mit 8 Mio. Einwohnern 18 europäische Parlamentarier.

Bei den Organen der EU ist zu beachten, dass nur die Mitglieder der EU-Kommission EU-Angestellte sind, während alle anderen Mitarbeiter von den Heimatländern bezahlt werden.

### Organe und Strukturen der EU

Europäischer Rat		Rat der EU (Ministerrat)		EU-Kommission
28 Staats- und Regierungschefs	↘ <i>gibt allgemeine Richtlinien vor</i>	Fachminister aus 28 Staaten, (z.B. Außen- oder Agrarminister). Der Vorsitz ändert sich halbjährlich	↙ <i>schlägt Gesetze vor</i>	28 Kommissare (ein Kommissar je Mitgliedsstaat)
		↓		
		<i>beschließen gemeinsam Gesetze und EU-Haushalt</i>	↙ <i>schlägt Gesetze vor</i>	↑
		↑		
		<b>Europäisches Parlament</b>		↑
		750 Abgeordnete aus den 28 Mitgliedsstaaten		<i>Gesetzesinitiativen per Bürgerbegehren</i>
		↑	↗	
		<i>wählen direkt</i>	↗	
		EU-Bürger		

#### Eine Auswahl von weiteren Einrichtungen und Organen der EU:

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH): wacht über Einhaltung der Richtlinien, Verordnungen und Verträge, Sitz in Luxemburg

Europäischer Rechnungshof: kontrolliert die Ausgaben, Sitz in Luxemburg

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: hat beratende Aufgaben

Ausschuss der Regionen der EU: hat beratende Aufgaben

Europäische Zentralbank: sorgt für Stabilität des Finanzsystems und der Preise, Sitz in Frankfurt am Main

Die EU hat einen Hohen Vertreter/in für Außen- und Sicherheitspolitik, einen „Außenminister“.

Abstimmungen erfordern manchmal einstimmige Beschlüsse oder eine qualifizierte Mehrheit. Jedes Land verfügt über eine festgelegte Anzahl von Stimmen. Deutschland hat 29 Stimmen, Österreich hat 10 Stimmen. Bei der qualifizierten Mehrheit müssen aber 55% der Mitgliedsstaaten und 65% der EU-Bevölkerung repräsentiert werden.

Siehe dazu

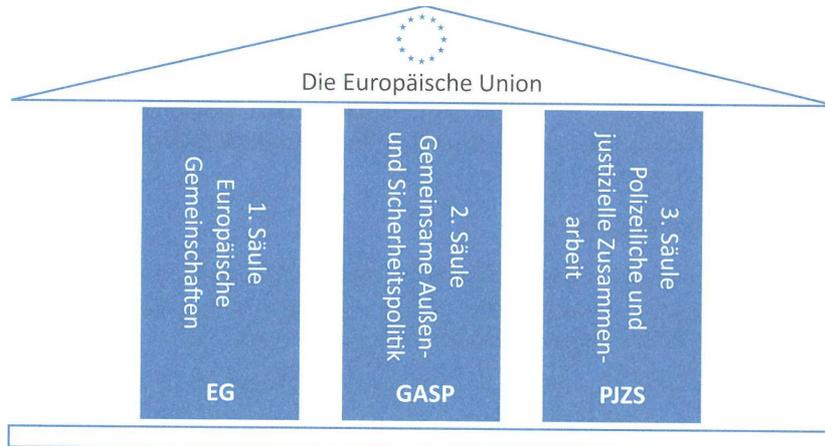
„Unternehmerführerschein“<sup>AT</sup>, Verlag bit media: Die Europäische Union – was ist das?, 5.1, Seite 170  
 „Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Die Europäische Union, 1, 3, Seite 137

## 5.2. Die Europäische Integration

Die Entwicklung der heutigen Europäischen Union mit ihren 4 Freiheiten, mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik aus dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gesellschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die sich über mehrere Stufen vollzog, ist in folgender Tabelle dargestellt:

Vertrag	Unterzeichnung	In Kraft	
Paris	1951	1952	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion), lief 2002 aus. Er ist d. Gründungsvertrag
Rom	1957	1958	Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
Fusions-Vertrag	1965	1967	Europäische Gemeinschaften (EG) Zusammenlegung von EGKS, EWG, EURATOM.
Einheitliche Europäische Akte	1986	1987	Erweiterung um Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ).
Maastricht	1992	1993	Erweiterung um Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik (GASP).
Amsterdam	1997	1999	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS). Schengen Abkommen. Der Europäische Stabilitätspakt. (siehe Kap. 5.3)
Nizza	2001	2003	Reformen, da die EU stark angewachsen ist.
Lissabon	2007	2009	Europäische Union (EU). Zusammenlegung alle EG Verträge und der „alten“ EU. EU wurde eine eigene Rechtspersönlichkeit.

Neben den Gründungsverträgen war der **Vertrag von Maastricht** ein ganz wichtiger Entwicklungsschritt. Mit diesem Vertragswerk, das an die Seite der 1957 geschlossenen Römischen Verträge trat, wurde die **Europäische Union (EU)** als übergeordneter Verbund für die Europäischen Gemeinschaften (EG), die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (PJZS) gegründet.



Ab der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht steht die EU auf drei unabhängigen Säulen.

Der **Europäische Binnenmarkt**, der durch seine Größe in der globalisierten Weltwirtschaft besser bestehen kann, garantiert den EU-Bürgern vier Freiheiten.

Freier Personenverkehr – Freier Warenverkehr – Freier Dienstleistungsverkehr – Freier Verkehr für Kapital

(bit media Buch: Seite 192, Trauner Buch Seite 143)

Es erfolgte damit eine Erleichterung des Intra-EU-Handels.

Unter Extra-EU-Handel wird der Handel von einem oder mehreren EU-Ländern mit Nicht-EU-Ländern (EU-Drittstaaten) verstanden.

Die verschiedenen **Schengen-Abkommen** (1985 bis 1995) wurden im **Vertrag von Amsterdam** in das EU-Recht integriert.

ZIEL ist die Abschaffung stationärer Grenzkontrollen für den Personenverkehr an den Binnengrenzen, Festlegung gemeinsamer Bedingungen für das Überschreiten der Außengrenzen und gemeinsamer Einreise- und Visabestimmungen.

Auch die Intensivierung der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit durch die Einrichtung des Schengener Informationssystems (SIS) ist vorgesehen. (Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität, der illegalen Migration).

Ebenso ist die Festlegung von Bestimmungen über die Zuständigkeit für Asylanträge (Dubliner Übereinkommen) im Schengen Abkommen vorhanden.

Der Schengen Raum umfasst 26 Staaten.

*Vier Nicht-EU-Mitglieder* haben das Abkommen unterzeichnet und sind damit assoziierter Teil des Schengen-Raumes. Das sind Norwegen, Island, die Schweiz und seit Dezember 2011 das Fürstentum Liechtenstein.

Zwei EU-Länder, nämlich Großbritannien und Irland, beteiligen sich hingegen nur an der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, an der Bekämpfung der Drogenkriminalität sowie am Schengener Informationssystem SIS.

Zu den *Schengen-Beitrittskandidaten* zählen die EU-Staaten Bulgarien, Rumänien und Zypern und Kroatien.

Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Europäische Integration, 5.2, Seite 188  
„Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Die Europäische Union, 2, Seite 140

## 5.3. Währungspolitik

Unter dem Begriff "Währungspolitik" werden alle Maßnahmen zur Stabilisierung des inneren und äußeren Geldwertes auf nationaler (Bundesregierung), europäischer (Europäische Zentralbank) und internationaler Ebene (Internationaler Währungsfonds), verstanden.

Im Inland: Geldpolitik

Mit dem Ausland: Währungspolitik

Die Ziele der Währungspolitik sind Preisstabilität (Inflation) und stabile Konvertibilität. Damit wird hohe Wettbewerbsfähigkeit und hohe inländische Kaufkraft erreicht.

Instrumente der Währungspolitik sind Devisenmarktinterventionen und Zinspolitik (Leitzinsen, oder über die Höhe der Mindestreserve).

Für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) ist die **Europäische Zentralbank (EZB)** mit Sitz in Frankfurt am Main mit ihren 19 Mitgliedsstaaten verantwortlich. Sie bildet gemeinsam mit den Zentralbanken (Nationalbanken) das sogenannte Europäische System der Zentralbanken (ESZ).

Leitzinsen, Mindestreserven,... siehe Kapitel 3.4

Die **EZB** ist völlig unabhängig von den nationalen Regierungen oder anderen zentralen Instanzen und steht im Eigentum der Nationalbanken. Der EZB-Rat, der aus den 19 "Gouverneuren" der nationalen Zentralbanken besteht, formuliert die Währungspolitik der EU. Die Hauptaufgabe der EZB besteht in der Erhaltung der Stabilität des Euro. Daneben sorgt sie für die Verwaltung der Währungsreserven der Mitgliedsstaaten.

Die Aufgaben **der nationalen Zentralbanken** (der Notenbanken) sind die Ausgabe der Banknoten eines Staates, die Regulierung der Geldmenge und den Ausgleich der Zahlungsbilanz.

Im Vertrag von Maastricht wurden die sogenannten "Konvergenzkriterien" (Beitrittskriterien zur Eurozone) als Voraussetzung für die Einführung des Euros festgesetzt.

Im Vertrag von Amsterdam wurden dann zwei dieser Kriterien und einige weitere als **Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt** unterzeichnet. Dieses Regelwerk soll verhindern, dass durch eine übermäßige Verschuldung der Euroländer die Inflation steigt, sich deren finanzieller Handlungsspielraum verringert und insgesamt eine Unsicherheit des Euros entsteht.

*Der staatliche Schuldenstand darf nicht mehr als 60 % des Bruttoinlands-Produkts (BIP) betragen. Das jährliche Haushaltsdefizit (Nettodefizit) darf nicht mehr als 3 % des Bruttoinlandsprodukts betragen.*

*Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) müssen jährliche Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramme vorlegen, in denen sie darstellen, wie eine solide Haushaltsslage erreicht werden soll. Bei Nichteinhaltung kann der Rat Frühwarnungen und Empfehlungen zur Problembeseitigung aussprechen. Sollten diese Empfehlungen nicht berücksichtigt werden, kann es zu Sanktionen kommen.*

### **Die Europäische Währungsunion (EWWU)**

1999 wurde der Euro als Buchgeld und 2002 als Bargeld in 12 der damals 15 EU-Staaten eingeführt. Mittlerweile hat sich die Anzahl der EWWU Mitglieder auf 19 erhöht.

Das Ziel einer gemeinsamen Währung ist der Wegfall von Wechselkursschwankungen und damit keine Kurssicherungs- und Anpassungskosten mehr. Das führt zu mehr Planungssicherheit, zu einer Kostenreduktion, zu mehr Wettbewerb und zu mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa. Es fallen Kosten beim Geldwechseln weg und eine bessere Vergleichbarkeit der Preise ist gegeben. Die Verringerung der Bedeutung des US-Dollars als Weltwährung ist ein weiteres Ziel.

Beim Umstieg auf den Euro handelte es sich um eine **Währungsumstellung**, bei welcher der Wert des Geldes erhalten blieb.

Länder, die der EWWU beitreten wollen, müssen die Konvergenzkriterien erfüllen: Preisstabilität (die Inflationsrate darf nicht mehr als 1,5% über den drei preisstabilsten Mitgliedsstaaten liegen)

Finanzlage der öffentlichen Haushalte (das Staatsdefizit darf nicht mehr als 60% des BIP sein, das Nettodefizit darf nicht mehr als 3% des BIP sein)

Stabilität der Wechselkurse (die Wechselkursbandbreite zum Euro darf nicht mehr als 15% sein)

Höhe der langfristigen Zinsen (sie dürfen nicht mehr als 2% über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Mitgliedsstaaten liegen)

Die **Euro-Gruppe** ist ein Gremium der Europäischen Union, in dem die Staaten der Eurozone ihre Steuer- und Wirtschaftspolitik koordinieren und über die Einhaltung des Euro-Stabilitätspaktes wachen.  
Ihre Funktionsweise ist seit dem Vertrag von Lissabon geregelt.

#### Auswirkungen eines schwankenden Eurowechselkurses:

##### Ein steigender Euro bedeutet für

Konsumenten: Importe (= Waren aus dem Ausland) werden billiger, Reisen ins Ausland werden billiger

Unternehmen: Importe (= Rohstoffe für die Produktion) werden billiger, aber die fertigen Waren (=Exporte) werden am internationalen Markt teurer.

Regierungen: Eindämmung der Inflation

##### Ein fallender Euro bedeutet für

Konsumenten: Importe (= Waren aus dem Ausland) werden teurer, Reisen ins Ausland werden teurer

Unternehmen: Importe (= Rohstoffe für die Produktion) werden zwar teurer, aber die Konkurrenzfähigkeit am internationalen Markt steigt. Die Tourismuswirtschaft boomt.

Regierungen: Heizt die Inflation an; bei allgemeiner schlechter Wirtschaftslage Gefahr der Rezession

Siehe dazu

„Unternehmerführerschein<sup>AT</sup>“, Verlag bit media: Währungspolitik, 5.3, Seite 199

„Der Unternehmerführerschein“, TRAUNER Verlag: Geld und Währung, 5, Seite 70, Die Europäische Union, 2.4.2, Seite 146

Zusammenfassung wichtiger Begriffe des Kapitels DIE EUROPÄISCHE UNION im „Unternehmerführerschein <sup>AT</sup> “ vom Verlag bit media auf Seite 207
--